

Deutsche Wirtschaft bleibt auf Kurs

Von Ferdinand Fichtner, Guido Baldi, Karl Brenke, Christian Dreger, Hella Engerer, Marcel Fratzscher, Stefan Gebauer, Simon Junker, Claus Michelsen, Malte Rieth, Thore Schlaak und Kristina van Deuverden

Die Produktion der deutschen Wirtschaft steigt nun bereits das vierte Jahr infolge bemerkenswert stetig – und wird dies auch im Prognosezeitraum tun. Dabei erwartet das DIW Berlin für das laufende Jahr – nahezu unverändert zur Prognose vom Frühjahr – einen Zuwachs von 1,5 Prozent; damit fällt das Wachstum zwar geringer aus als im vergangenen Jahr, allerdings liegt dies nur an einer geringeren Zahl an Arbeitstagen. Auch im kommenden Jahr dürfte die deutsche Wirtschaft ihr Tempo in etwa halten und um 1,7 Prozent zulegen.

Nach der konjunkturellen Schwächephase im Jahr 2012, als nicht zuletzt infolge der europäischen Schuldenkrise in vielen Ländern die Wirtschaftsleistung sank und dies auch an Deutschland nicht spurlos vorüber ging, ist die deutsche Wirtschaft auf einen Wachstumskurs eingeschwenkt. Die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung hat allmählich zugenommen und die Arbeitslosigkeit ist deutlich zurückgegangen. Allerdings lag das Expansionstempo bereits in den ersten Jahren des Aufschwungs merklich unter demjenigen früherer konjunktureller Erholungsphasen, und seit Erreichen des Produktionspotentials im Jahr 2015 entwickelt sich das Bruttoinlandsprodukt ungewöhnlich stetig entlang des langfristigen Wachstumspfads. Kurzum: Die deutsche Wirtschaft wächst seit einigen Jahren, aber nicht übermäßig stark. Für eine nennenswerte Überauslastung der Kapazitäten gibt es derzeit keine Anzeichen, und von einer Überhitzung der deutschen Wirtschaft kann keine Rede sein.

Das spiegelt sich in weiterhin nur moderaten Preissteigerungen wider. Zwar wird die Inflation in diesem Jahr deutlich steigen – auf 1,7 Prozent, nach 0,5 Prozent im vergangenen Jahr. Dies geht aber in erster Linie darauf zurück, dass die Rohölpreise in den Schlussmonaten des vergangenen Jahres deutlich gestiegen waren, als die OPEC-Länder sich auf Förderkürzungen einigen konnten. Die Kerninflation, die in stärkerem Maße durch die konjunkturelle Auslastung – und damit durch die Spielräume der Unternehmen, Preiserhöhungen durchzusetzen – geprägt ist, bleibt in diesem und dem kommenden Jahr mit etwa anderthalb Prozent niedrig.

Gemessen an der zunehmenden Knappheit auf dem deutschen Arbeitsmarkt – die Beschäftigung steigt in den beiden Jahren des Prognosezeitraums zusammengenommen um etwa eine Million Personen und die Arbeitslosenquote geht weiter, bis auf 5,3 Prozent im kommenden Jahr, zurück – sind die für sich genommen recht kräftigen Lohnzuwächse eher niedrig. Das hängt mit vergleichsweise schwachen Tarifabschlüssen zusammen; manche Gewerkschaften haben neben Tariflohnhebungen auch andere Prioritäten (etwa Vorruhestandsregelungen) auf ihrer Agenda stehen. Zudem sorgt wohl die starke Zuwanderung nach Deutschland dafür, dass die Unternehmen Beschäftigte finden, ohne wesentlich höhere Löhne anbieten zu müssen. In diesem Sinne strahlt die anhaltend hohe Unterbeschäftigung in vielen europäischen Volkswirtschaften auch auf Deutschland aus, denn sie ist eine wesentliche Ursache für diese Wanderungsbewegungen.

Vielorts in Europa liegt die Arbeitslosigkeit noch deutlich höher als vor der Krise und die Auslastung des Arbeitsmarktes ist niedrig. Dies gilt auch und gerade für den Euroraum, wo sich die Konjunktur in den vergangenen Jahren zwar spürbar erholt hat und sich der Aufschwung nunmehr auf breiter Basis vollzieht, aber die Arbeitslosigkeit dennoch in vielen Ländern noch merklich über derjenigen des Jahres 2009 liegt. Dies dämpft die Lohnentwicklung und führt auch dazu, dass – von temporären Einflüssen aufgrund von Energiepreisschwankungen abgesehen – die Inflationsrate im Euroraum wohl noch längere Zeit unter der von der Europäischen Zentralbank als Preisstabilität definierten Größenordnung von unter, aber nahe zwei Prozent liegen dürfte. Unter diesem Gesichtspunkt sind Forderungen gegenüber der Europäischen Zentralbank, ihre expansive Geldpolitik nun deutlich zurückzuschrauben oder gar zu beenden, verfrüht. Angesichts der kräftigen wirtschaftlichen Entwicklung im Euroraum angemessen wäre aber eine allmähliche Vorbereitung der Märkte auf eine Normalisierung der Geldpolitik, die – sofern sich der Aufschwung als robust erweist – mit einer beginnenden Rückführung der Anleihekaufprogramme ab der Jahreswende 2017/18 eingeleitet werden sollte.

Die Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung in Europa wie auch in Deutschland bleiben hoch. Zwar konnte durch die mit Blick auf den Zusammenhalt in der Europäischen Union glimpflich ausgegangenen Wahlen in Frankreich und den Niederlanden ein andernfalls zu erwartender erheblicher Anstieg der Unsicherheit vermieden werden. Dennoch bestehen weiterhin Risiken, etwa mit Blick auf die anhaltenden politischen Spannungen in Italien. Zudem werden vielerorts – im Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten – protektionistische und isolationistische Politikentwürfe zunehmend salonfähig; sollten sich solche

Bestrebungen durchsetzen, wäre für die deutsche Wirtschaft mit merklichen Wachstumseinbußen zu rechnen.

Dies gilt umso mehr, als die Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft vom Außenhandel weiterhin sehr hoch ist. Zwar hat in den vergangenen Jahren die Inlandsnachfrage etwas an Bedeutung für das Wachstum gewonnen. Der auch im Prognosezeitraum exzessiv hohe Leistungsbilanzüberschuss spiegelt jedoch eine Schwäche bei den Importen wider, die ihrerseits auf einen nur moderaten binnenwirtschaftlichen Verbrauch – namentlich des privaten Konsums und der Investitionen – zurückgeht.

Vor allem die schwachen Investitionen belasten die längerfristige Entwicklung der deutschen Wirtschaft, denn sie bremsen die Produktivitätsentwicklung. Hier ist die Politik gefordert, die deutsche Wirtschaft für künftige Herausforderungen zu rüsten, wie sie etwa aus der absehbar ungünstigen demographischen Entwicklung erwachsen. Dazu besteht ein gewisser fiskalischer Gestaltungsspielraum, wenngleich dieser nicht so hoch ist, wie es die derzeitigen Überschüsse nahelegen.

Ein Teil der Spielräume ist nur temporärer Natur. Dieser Teil kann und sollte für öffentliche Ausgaben mit investivem Charakter, insbesondere in Bildung und Infrastruktur, genutzt werden. Ein Teil ist dauerhafter Natur; dieser Teil reicht für die in der derzeitigen politischen Diskussion geforderten kräftigen Steuersenkungen aber nicht aus. Dennoch sollte die Belastung des Produktionsfaktors Arbeit sinken, um auf diese Weise langfristig ein höheres Wachstumspotential zu erreichen. Dies ließe sich durch eine angemessene Erhöhung der Bundeszuschüsse zu den Sozialversicherungen erreichen. Dann könnten die Beiträge zu den Sozialversicherungen sinken und damit die Nettoeinkommen steigen.

Ferdinand Fichtner ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | ffichtner@diw.de

Guido Baldi ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | gbaldi@diw.de

Karl Brenke ist wissenschaftlicher Referent im Vorstandsbereich des DIW Berlin | kbrenke@diw.de

Christian Dreger ist Forschungsdirektor International Economics am DIW Berlin | cdreger@diw.de

Hella Engerer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in den Abteilungen Konjunkturpolitik und Energie, Verkehr, Umwelt am DIW Berlin | hengerer@diw.de

Marcel Fratzscher ist Präsident des DIW Berlin | mfratzscher@diw.de

Stefan Gebauer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | sgebauer@diw.de

Simon Junker ist stellvertretender Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik | sjunker@diw.de

Claus Michelsen ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in den Abteilungen Konjunkturpolitik und Klimapolitik am DIW Berlin | cmichelsen@diw.de

Malte Rieth ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin | mrieth@diw.de

Thore Schlaak ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | tschlaak@diw.de

Kristina van Deuverden ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | kvandeuverden@diw.de



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
84. Jahrgang

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Johanna Mollerstrom, Ph.D.
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Dr. Crijte Hartmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Redaktion

Renate Bogdanovic
Dr. Franziska Bremus
Prof. Dr. Christian Dreger
Sebastian Kollmann
Markus Reiniger
Mathilde Richter
Miranda Siegel
Dr. Alexander Zerrahn

Lektorat

Karl Brenke
Dr. Ferdinand Fichtner

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304
ISSN 1860-8787 (Online)

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.